

07-08
15**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Sommer 2015

Schollbach: „Weitreichende sozialpolitische Beschlüsse“

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause fasste der Dresdner Stadtrat mit den Stimmen von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten zwei wichtige Beschlüsse und brachte damit sowohl das Sozialticket für Bus und Bahn als auch die Mietpreisbremse auf den Weg. DIE LINKE hatte dazu eine Aktuelle Stunde beantragt. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

Herr Erster Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

In dieser Stadtratssitzung wird die Kooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten gemeinsam weitreichende sozialpolitische Beschlüsse fassen.

Zum einen werden wir heute nach vielen Jahren hartnäckigen Ringens endlich ein richtiges Sozialticket, das den Namen auch verdient, in Dresden einführen. Und zum Zweiten werden wir mit der Mietpreisbremse einen weiteren wichtigen Schritt gegen die steigenden Wohnungsmieten gehen. Wir handeln damit im Interesse großer Teile der Menschen in Dresden. Und dennoch gibt es Parteien, die sich nicht entblöden, uns angesichts dieser im Interesse der Allgemeinheit liegenden Entscheidungen rot-rot-grüne Klientelpolitik vorzuwerfen. Ich will Ihnen darauf antworten: Für das Klientel der Mieterinnen und Mieter, für das Klientel der ärmeren Menschen, für das Klientel der einfachen Bürgerinnen und Bürger, die nicht so viel Geld in der Tasche haben, setzen wir von der LINKEN uns ein. Das ist eine unserer wesentlichen gesellschaftlichen Aufgaben. Dafür haben wir von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag erhalten. Und im Gegensatz zu anderen Parteien verstehen wir uns ausdrücklich nicht als Interessenvertreter der Immobilienhaie, ausgewählter Hoteliers oder bestimmter Werbe- und Eventagenturen.

Meine Damen und Herren, in Dresden leben über 71.000 Menschen in Armut. Das sind nicht die Zahlen der LINKEN, sondern offizielle Angaben der Stadtverwaltung. Viele dieser Menschen können sich die Fahrpreise für Bus und Bahn kaum oder auch gar nicht leisten. Aber wenn man am Leben in unserer Gesellschaft teilhaben will – etwa an kulturellen Ereignissen – oder schlicht Freunde besuchen möchte oder Behördenwege zu erledigen hat – dann ist man darauf angewiesen, bezahlbar von A nach B zu kommen. Deshalb ist das Sozialticket so wichtig für Dresden. Es schafft für viele Menschen eine reale



2009 gründete Katja Kipping gemeinsam mit Stephan Kühn (B90/Die Grünen), Ines Vogel (SPD) und 45 Organisationen - Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Initiativen und Vereine - das Bündnis *Mobilität für alle - für ein Schüler- und Sozialticket*
Foto: Max Kretzschmar

Erleichterung im täglichen Leben und es leistet einen Beitrag für den sozialen Ausgleich in unserer Stadt. Wir haben viele Jahre vergeblich darum gekämpft, ein Sozialticket, das den Namen auch verdient, in Dresden einzuführen. Wir sind immer wieder am Widerstand der CDU gescheitert. Heute nun werden wir es mit der Mehrheit von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten im Interesse der Menschen auf den Weg bringen. Zum 01. November wird es dann Realität in Dresden. Meine Damen und Herren, es gibt eine Person, die sich durch ihren langjährigen Einsatz für das Sozialticket besonders verdient gemacht hat – das ist die Dresdner Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping. Ich freue mich sehr, dass sie heute hier im Stadtrat anwesend ist und unsere Debatte verfolgt.

Ich komme zur zweiten wesentlichen Thematik, die heute auf den Weg gebracht werden soll und dies ist die Mietpreisbremse. In Dresden wohnt die große Mehrheit zur Miete, nämlich 85 Prozent der Menschen. Seit dem vergangenen Jahr liegt nun die Durchschnittsmiete in Dresden erstmals seit

der Wende über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Eine Entwicklung, die vielen Mieterinnen und Mietern die Sorgenfalten auf die Stirn treibt. In diesem Zusammenhang muss man es in aller Deutlichkeit ansprechen: Der Totalverkauf der städtischen WOBA im Jahr 2006 war ein schwerwiegender politischer Fehler der damaligen Mehrheit im Stadtrat. Und ich will eine zweite schwerwiegende Fehlentscheidung der CDU ansprechen. Das war die Abrisspolitik. In Dresden wurden allein in den vergangenen 15 Jahren über 7.900 Wohnungen abgerissen – subventioniert vom Freistaat Sachsen mit 28,5 Mio. Euro. Hätte man dieses Geld für die Sanierung und Modernisierung statt für die Zerstörung von Wohnungen ausgegeben – wir bräuchten heute wohl kaum über Wohnungsmangel und steigende Mieten zu sprechen. Vor allem bei dem Neuausschluss von Mietverträgen wird kräftig zugelangt. Da zieht einer aus einer Wohnung aus, am nächsten Tag zieht jemand anders ein und der zahlt dann gleich mal einige hundert Euro im Jahr mehr, obwohl sich am Zustand der Wohnung nichts geändert hat. Und da setzen wir mit dem Antrag, in Dresden eine Miet-

preisbremse einzuführen, an. Nachdem wir für vorhandene Mietverträge bereits im vergangenen Jahr einen Antrag auf Deckelung beschlossen haben, wollen wir das nun mit der Mietpreisbremse auch für neue Mietverträge machen.

Weiterhin werden wir in Kürze das von uns abgegebene Versprechen erfüllen und die Weichen für eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zur Neubildung eines kommunalen Wohnungsbestandes stellen. Es gibt einen erheblichen Bedarf an neuem und preiswertem Wohnraum. Die Stadt muss ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und gewährleisten, dass für alle Menschen bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Dass eine städtische Wohnungsbaugesellschaft sowohl kostendeckend arbeiten und gleichzeitig soziale Aspekte berücksichtigen kann, beweisen unzählige kommunale WOBA in der gesamten Bundesrepublik. Meine Damen und Herren, Dresden braucht endlich wieder eine vernünftige Wohnungspolitik im Interesse der Mieterinnen und Mieter. Und dafür arbeitet diese Stadtratsmehrheit.

Ombudsstelle für Dresdner Jobcenter

Konflikte schlichten

von Pia Barkow

Dresden bricht Rekorde – leider auch bei der Zahl von Klagen und Widersprüchen gegen Bescheide des Jobcenters. Mit 4771 Klagen beim Sozialgericht Dresden bzw. dem Landessozialgericht Chemnitz und 10.981 Widersprüchen im Jahr 2014 liegt Dresden deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Um künftig Konflikte im Vorfeld lösen zu können, wird beim Jobcenter Dresden eine unabhängige Ombudsstelle eingerichtet.

In einem Gespräch mit der Leitung des Jobcenters bzw. der Arbeitsagentur äußerten diese zu diesem Rekord lapidar, die DresdnerInnen beschwerten sich nun mal viel – das war schon beim Fernsehprogramm zu DDR-Zeiten so. Naja... ganz so einfach ist das wohl nicht.

Die Hartz IV Gesetzgebung ist – neben seiner völlig falschen Grundausrichtung des „Förderns und Forderns“ und der



Foto: Michael Grabscheit / pixelio.de

Sanktionspraxis – ein einziger Wust an Änderungen und Ergänzungen. Die Mitarbeitenden des Jobcenters müssen am laufenden Band prüfen, welche Verordnung nun die aktuellste ist und welche Änderungen gelten. Auch diese ständigen Änderungen führen zu einer hohen Unsicherheit und Fehleranfälligkeit. Keine Frage, ganz grundlegend muss

die gesamte Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenpolitik überarbeitet werden. Doch bis sich Mehrheiten hierfür finden, wird noch viel Wasser die Elbe runterfließen. Daher ist es notwendig, jetzt für die Betroffenen die Bedingungen zu verbessern. Es gibt zahlreiche Beratungsstellen in der Stadt, die gemeinsam mit Lei-

stungsberechtigten die Bescheide prüfen oder bei der Antragsausfüllung behilflich sind. Dennoch kommt es zu dieser immensen Zahl von Widersprüchen und Klagen. Das zeigt, dass die Beratungsstellen alleine nicht ausreichen für eine umfassende Betreuung der Leistungsberechtigten im Antragsverfahren. Die Ombudsstelle soll daher auch als Schnittstelle zwischen den Beratungsstellen und dem Jobcenter fungieren und, wenn notwendig, bei Streitfällen schlichten. Wir möchten damit die Möglichkeit schaffen, schon im Vorfeld Konflikte auszuräumen, bevor der langwierige und oft belastende Gang zum Gericht eingeschlagen wird. Denn eins ist klar, unabhängig davon, welche Seite am Ende Recht bekommt, gehen Konflikte immer zu Lasten der Leistungsberechtigten, da sie im Zweifelsfall lange auf Zahlungen warten müssen.

pia.barkow@dielinke-dresden.de

Die Sachsen-Finanzgruppe auf der Suche nach einer Zukunft

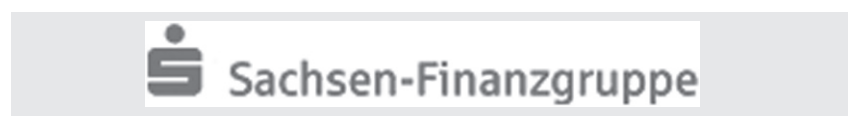
von Tilo Kießling

Vor einigen Wochen gab es eine gute Nachricht für das Dresdner Rathaus aus dem Nachbargebäude, dem Sparkassenhaus am Altmarkt. Dort beschloss die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe eine Ausschüttung an die beteiligten Kommunen, und Dresden kann mit 1,7 Millionen Euro rechnen. Das ist zwar weit entfernt von den im Haushaltsabschluss erhofften (und vom Finanzbürgermeister auch für sicher erklärten) 5 Millionen Euro, aber immerhin: in diesem Jahr lässt sich für Dresden der Wert der Sparkasse nicht nur in vielen schönen Filialen und der Unterstützung örtlicher Vereine messen, sondern auch in einem Zubrot für die Stadtkasse.

Außer dieser guten Nachricht ist aber vieles offen für die Sachsen-Finanzgruppe. Vom ursprünglichen Plan eines Finanzinstitutes, in dem sich die Kraft aller sächsischen Sparkassen und der Landes-

bank bündeln, ist nach dem politischen Gegenwind zu Beginn ihrer Geschichte und nach der Finanzkrise und der Landesbankpleite nur noch ein beinahe klägliches Rest aufzufinden. Gerade noch 3 Anteilseigner sind verblieben, neben Dresden noch der Landkreis Mittelsachsen und der Sparkassenzweckverband Elbtal-Westlausitz, in dem sich die Landkreise Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und die Stadt Hoyerswerda verbunden haben. Und gerade noch zwei Sparkassen werden gebündelt: unsere Ostsächsische Sparkasse Dresden und die Sparkasse Mittelsachsen.

Natürlich stellt sich nun die Frage, warum für zwei Sparkasseninstitute noch ein juristisches Dach benötigt wird. Die Zusammenarbeit der Sparkassen hat vielfältige Formen, neben der SFG gibt es die Sparkassenverbände, den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Deutschen Sparkassen- und Gi-



roverband und selbstverständlich jede Menge Zweckgesellschaften zwischen einzelnen Sparkassen zur wirtschaftlichen Erfüllung einzelner Aufgaben. Insofern wäre die SFG wohl verzichtbar.

Andererseits stehen die Sparkassen vor einem hohen Anpassungsdruck, sowohl die wirtschaftlichen als auch die juristischen Rahmenbedingungen könnten ein engeres Zusammengehen vieler Institute erzwingen. Ein bereits vorhandenes und im sächsischen Sparkassengesetz als öffentlich-rechtliche Einrichtung normiertes Instrument wie die SFG kann hier nützlich sein.

Die Diskussion über die Zukunft der Sachsen-Finanzgruppe muss nun durch

die beteiligten Kommunen und Finanzinstitute geführt werden. An dieser Stelle sind die Vorstände der SFG in der Pflicht, den Gremien ihre Vorstellungen zu skizzieren. Zwischen Auflösung, Dienstleistungsfunktionen für die beteiligten Sparkassen und interessierte Dritte oder einer wieder anzustrebenden Erweiterung ist vieles möglich. Ich erwarte, dass diese Vorstellungen unter Einbeziehung des Dresdner Stadtrates im Herbst des Jahres 2015 diskutiert werden und sich in einer breit getragenen Strategie über die Zukunft der Sachsen-Finanzgruppe niederschlagen.

Tilo Kießling vertritt den Oberbürgermeister in der Anteilseignerversammlung

tilo.kiesling@dielinke-dresden.de

DOKUMENTIERT

Quartiersmanagement Gorbitz

Zur Ausschreibung und Neuvergabe des Quartiersmanagement Gorbitz haben die Ortsbeiräte von DIE LINKE, SPD, Piraten und Bündnis 90/Die Grünen einen offenen Brief an die Stadtverwaltung geschrieben.

Sehr geehrter Herr Hilbert, sehr geehrter Herr Marx, sehr geehrter Herr Szuggat,

die Ortsbeiräte der Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN, der Piraten und der SPD missbilligen ausdrücklich das Vorgehen und das Ergebnis der Neuausschreibung des Quartiersmanagements (QM) Gorbitz durch das Stadtplanungsamt im Geschäftsbereich Stadtentwicklung!

Die scheinbar sachliche Begründung, dass eine Ausschreibung aufgrund der Schwerpunktverschiebung, von städtebaulichen hin zu sozialen Aspekten, notwendig wird, mag formal richtig sein. In der Sache wird ihr aber vor allem das Ergebnis der Ausschreibung nicht ge-

recht. Diesen Wandel hat das aktuelle QM mit Herrn Ulrich Krause und Herrn Wolfgang Müller bereits vollzogen.

Wie wenig sensibel die städtischen Verantwortlichen in dieser Sache vorgegangen sind, lässt sich am Zeitpunkt der Neubesetzung des QM ablesen. Die derzeitige Situation in Gorbitz, mit der unglücklichen Konzentration von Asylsuchenden in dem sozialen Brennpunkt um die Sanddornstraße und am Amalie-Dietrich-Platz erfordert ein hohes Maß an Feingefühl für die soziale Struktur und das Vertrauen der Bewohner dieses Stadtteiles. Genau dies hatten sich Herr Krause und Herr Müller in den letzten Jahren erarbeitet. Obwohl davon auszugehen ist, dass

schon längerfristig eine Neuausschreibung geplant war, wurden die beiden Herren noch nicht einmal zum Zeitpunkt ihrer Präsentation in der Sitzung des Ortsbeirates Cotta am 04.12.2014 über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Dieses Vorgehen ist nur ein Zeichen für den wenig respektvollen Umgang mit dem aktuellen QM. Auch die Mitglieder des Ortsbeirates wurden in dieser Sitzung nicht über das Vorhaben informiert.

Die Folgen dieser aus unserer Sicht völlig unnötigen Neubesetzung sind aktuell noch gar nicht überschaubar. Es scheint dem Stadtplanungsamt völlig gleichgültig zu sein, dass soziale Netzwerke und Strukturen zerstört werden, die für den Stadtteil Gorbitz und dessen Bewohner

von immenser Bedeutung sind. So spielte z.B. bei der Integration Asylsuchender das QM eine herausragende Rolle. Diese kann nicht so einfach durch den Austausch der handelnden Personen gleichwertig ausgefüllt werden. Auch die Zukunft des Stadtteilfestes „Westhangfest“ und des „Westhanglaufes“ ist ungewiss. Die Stadtteilzeitung „Westhangpost“ wird wohl zum letzten Mal erscheinen.

Wir halten Herrn Ulrich Krause und Herrn Wolfgang Müller auch nach dieser für uns unverständlichen Entscheidung zur Neubesetzung des Quartiersmanagements Gorbitz für absolut geeignet, die 2006 übernommenen Aufgaben fortzuführen.

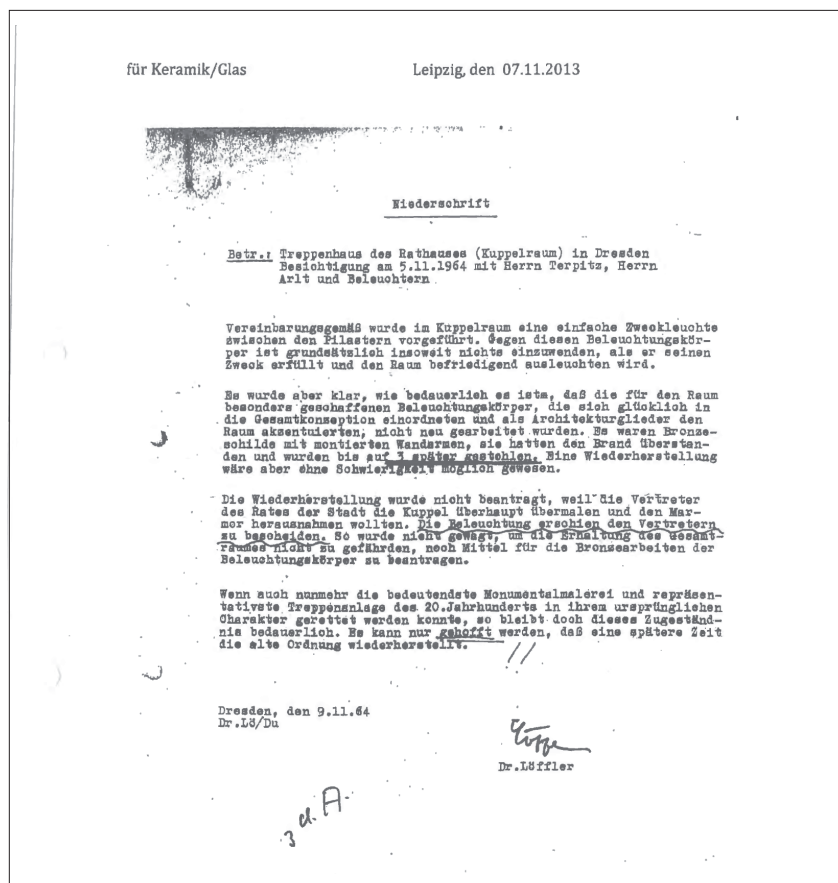
Die geklauten Lampen

von Tilo Wirtz

Was die Pflege von alten Baudenkmalern betrifft, hat die DDR keinen besonders guten Ruf. Die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig, des Stadtschlusses in Berlin oder der Sophienkirche in Dresden in Verbindung mit dem Verfalllassen ganzer Gründerzeitviertel sind prägend und lassen die seinerzeit Verantwortlichen insbesondere aus der SED als Banausen dastehen, als kunst- und kulturverachtende Ideologen, die den materiellen und ideellen Wert des baulichen Erbes nicht erkannten oder ignorierten. Dies ist eine unzulässige Vereinfachung. War die Sprengung der Universitätskirche in der Tat ein nicht zu entschuldigender Exzess, wäre ein Wiederaufbau der Sophienkirche auf Grund des Grades der Zerstörung und des fragwürdigen architektonischen Stiles – fast jede Generation hatte ihren Senf dazu gegeben – nicht unbedingt zwingend gewesen, wurde doch in Dresden mit wenigen Ausnahmen herausragender Bauten wie der Frauenkirche keine total zerstörte große Kirche wieder aufgebaut, wobei erhaltene Kirchen wie die Trinitatis- und die Zionskirche bis heute ruinös sind. Überhaupt darf nicht vergessen werden, dass eine Reihe zerstörter Bauten wie der Zwinger mit der Sempgalerie, das Landhaus und das Gewandhaus bereits kurz nach dem Krieg wieder aufgebaut worden sind.

Wandel in der Denkmalpflege in Ost und West

Weiter wird auch der Wandel des Verständnisses von Denkmalpflege in West und Ost außen vor gelassen, welches sich bis nach der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts überhaupt erst einmal systematisch entwickelte. Bis dahin wurden Gebäude nämlich Jahrhunderte zuvor ständig verändert und dem Geschmack und dem Bedürfnis der Zeit angepasst, ohne viel Rücksicht auf erhaltenswerte historische Substanz oder gar Stiltreue zu nehmen. Erschwerend kam in Ostdeutschland hinzu, dass vorhandene Ressourcen auf den Wiederaufbau und die Schaffung der industriellen Basis sowie Wohnungen konzentriert werden mussten. Westdeutschland zeigte allerdings, dass auch Reichtum Baudenkmal bedrohen kann. Denn die Umbauwut machte während des Wirtschaftswun-



ders vor alten Bauwerken nicht halt und gab ihnen denkmalpflegerisch genauso den Rest, als wenn sie gesprengt worden wären. So wurde im kriegsbedingt leicht lädierten Saal der Palmengartengesellschaft in Frankfurt/Main vor die üppig mit Stuck und Gemälden versehene Gestaltung aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine schlichte Gipskartonverkleidung vorgeblendet, wobei Abhänger und Kabelkanäle großlos in die noch vorhandene Bemalung und den Stuck gebohrt und gehackt wurden. Nicht zuletzt hatte die Moderne beginnend mit dem Bauhaus mit opulenten Stuckverzierungen und allegorischen Malereien gebrochen. Am Anfang des letzten Jahrhunderts hatte man sich an einer Überfülle an Üppigkeit überfressen und ertrug Ornamente nicht mehr, glatte einfarbige Oberflächen wurden prägend.

Es war nicht alles schlecht

Gerade in Dresden fanden DDR und SED in der Rekonstruktion von zerstörten Baudenkmalen spätestens in den achtziger Jahren Anschluss an die Welts-

pitze mit dem weitgehend originalgetreuen Wiederaufbau der Semperoper, bei dem bis hin zur Wiedererfindung alter Handwerkstechniken weder Kosten noch Mühen gescheut wurden. Vergessen sei auch nicht, dass der Grundstein zum Wiederaufbau des Residenzschlusses und erste Rohbauarbeiten noch im Fünfjahrplan eingetaktet waren. Andere Bauten, wie die Wieckhäuser in der alten Stadtmauer in Neubrandenburg, Schloss Augustusburg bei Chemnitz oder der Schweriner Dom befanden sich 1989 bestens restauriert, der Schweriner Dom dabei mit Hilfe polnischer Baubrigaden, die es unter den Bedingungen des sozialistischen Weltsystems zu unerreichter handwerklicher Meisterschaft bei der stilgerechten Sanierung alter Bausubstanz gebracht hatten.

Die Anekdote erzählt, dass eine genervte Reiseführerin 1991 auf die anerkennende Bemerkung aus einer westdeutschen Reisegruppe, wie schnell der Dom nach dem Fall der Mauer saniert worden sei, äußerte, dass der gotische Dom bereits vor 1990 errichtet worden sei...

Was Ost und West oder das Staatsschauspiel in Dresden und der Saal der Palmengarten-Gesellschaft in Frankfurt/Main gemeinsam haben ist der Rückbau schlichter weißer Saalgestaltungen aus der Wiederaufbauphase und die Rekonstruktion der Originalfassungen aus dem Jugendstil bzw. dem Historismus.

Hatmut Vorjohann (CDU) in den Fußstapfen Walter Ulbrichts (SED)

Vor dieser differenzierten Gemengelage kann es nur oberflächlich Informierte verwundert haben, dass ausgerechnet die LINKEN sich schützend vor ein Baukunstwerk im Neuen Rathaus in Dresden geworfen haben, welches dem Spardiktat des Finanzbürgermeisters Hatmut Vorjohann (CDU) geopfert werden sollte. Nur das repräsentative Treppenhaus hinter der Goldenen Pforte, welches zum Ratssaal und zum Festsaal führt, hat mitten im Zentrum der Zerstörung als einziger Raum im gesamten Stadtzentrum und im Rathaus das Inferno 1945 überstanden. Lediglich die Bronzelampen waren nach 1945 vermutlich geklaut worden. Da die Beleuchtung auf die Gestaltung der Kuppelhalle abgestimmt war, deren Ausmalung von Otto Gussmann, einem bedeutenden Monumentalmaler und Lehrer von Max Pechstein und Otto Dix, stammte, ist es denkmalpflegerisch geboten, diese Beleuchtung zu rekonstruieren, um diesem Raum seine alte Würde zurück zu geben. Ein von den LINKEN gestellter Prüfauftrag, der vom Finanzausschuss gegen einen sich mit Händen und Füßen sträubenden Finanzdezernenten angenommen wurde, hatte die ermutigende Unterstützung des Landesamtes für Denkmalpflege zur Folge, der sich anschließende Eilantrag der LINKEN, der die Realisierung der Rekonstruktion beinhaltete, wurde seitens des Freistaates mit einer Förderofferte von 250.000 Euro garniert. In der letzten Sitzung vor dem Sommer fand dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, LINKEN und Grünen eine Mehrheit. Hartmut Vorjohann als Fortsetzer der Baukultur unter Walter Ulbricht ist damit Einhalt geboten worden. Fritz Löffler hatte sich im Jahre 1964 den Nachbau der alten Beleuchtung gewünscht, auf Initiative der LINKEN wird dieser Wunsch nun zumindest seiner Erfüllung näher kommen.

2. Treffen des Netzwerkes „Pro Asyl Dresden-Plauen“

von Waldemar Peine

Von der konkreten Anschauung zum abstrakten Denken und von diesem zur Praxis hat einst ein kluger Mann angeregt und in diesem Sinne: Nach gründlichem Durchdenken tätig werden. Das Tätigwerden beginnt mit dem Aufbau einer Struktur des Willkommenheißen und der Betreuung von Flüchtlingen, die die Not zu uns geführt hat. Nicht mehr und nicht weniger. Mitglieder von Kirchengemeinden, Vertreter sozialer Einrichtungen und Treffs, Ortsbeiräte und weitere Bürger mit Gespür für erforderliche Hilfe trafen sich, um Ansätze für wirksames Handeln zu finden. Mdl Albrecht Pallas und seine Mit-

arbeiter des Süd Pol Dresdens leiten die erforderlichen Absprachen oder zeitgemäß formuliert, leisten die erforderliche Logistik. Und die hat es in sich. Zur Seite steht uns Frau Stoll, die unter anderem für Plauen die regionale Koordination Asyl vertritt. Eine Starthilfe war der Bericht einer Aktivistin des Netzwerkes "Willkommen in Löbtau" über dortige Bemühungen des Betreuens und Helfens.

Für mich ist die Teilnahme trotz aller sozialen Dringlichkeit des Vorhabens ein erfrischendes Erlebnis, verglichen mit so manchem Gerede und Getue, bei dem Sinn und Nutzen nicht erkennbar wird.



Es ist das Anliegen "Hilfe", welches verbindet. Wer einen oder seinen Platz in diesem Netzwerk sucht, sollte mehr mitbringen, als zu unseren Versammlungen üblich.

Dresden-Plauen hat noch Zeit, bevor es ernst wird. Zeit, um Erfahrungen anderer Netzwerke aufzunehmen, Zeit, um den Bau und die Einrichtung eines für Flüchtlinge gedachten Wohnheimes auf der Teplitzer Straße zu begleiten. Dezember 2016 wird es für 60 Flüchtlinge zur Wohnstätte werden.

Die Menschen, die sich in diesem Netzwerk zusammen fanden und finden, haben ihre Richtung bestimmt. Über nächste Schritte wollen wir gern berichten.

Waldemar Peine ist LINKE-Ortsbeirat in Plauen

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthiis

Tarifstreit im Sozial- und Erziehungsdienst

von Pia Barkow

Es ist ruhig geworden um die Tarifauseinandersetzungen der Kita-Beschäftigten. Zur Rekapitulation hier noch einmal ein kurzer Abriss der Entwicklung des Tarifkonflikts.

In Deutschland existieren zurzeit 53.415 Kitas. In diesen werden ungefähr 3,2 Millionen Kinder betreut. Der größte Anteil der Kindertagesstätten wird von freien Trägern getragen, die restlichen rund 17.500 Kitas mit etwa 1,8 Millionen Kindern sind in der Hand von öffentlichen Trägern. Der Tarifkonflikt gilt den öffentlichen Trägern, also denjenigen Kitas, die nicht von freien Trägern finanziert werden.

Im November 2014 hat ver.di die in den letzten Monaten durch Kita-Streiks sichtbar gewordene bundesweite Aufwertungskampagne für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst gestartet. Die Kampagne und die Tarifrunde sollten nicht nur Lohnsteigerungen herbeiführen, sondern eine grundsätzliche Aufwertung der Tätigkeiten durch eine höhere Eingruppierung der Beschäftigten innerhalb der Entgeltgruppen des Öffentlichen Dienstes bewirken und damit eine Lohnerhöhung von ca. 10%.

Hauptbegründungen für die Forderungen sind einerseits das stark gestiegene Aufgabenspektrum der Beschäftigten sowie die hohe Verantwortung und Arbeitsbelastung und andererseits die unterdurchschnittliche Lohnentwicklung dieser Berufsgruppen generell. Zwischen den Jahren 2004 und 2013 erfolgte für die Beschäftigten in kommunalen Kitas lediglich eine Lohnerhöhung von 14%, der Durchschnitt der ArbeitnehmerInnen in anderen Bereichen konnte sich hingegen über eine Lohnsteigerung von 21,2% freuen. Der bundesweite Durchschnittslohn für ArbeitnehmerInnen liegt um 570 Euro über dem bundesweiten Durchschnittslohn der ErzieherInnen.

ErzieherInnen verdienen bei einer Vollzeitstelle im bundesweiten Durchschnitt rund 2.879 Euro brutto pro Monat, in den ostdeutschen Bundesländern deutlich weniger. In den Genuss dieses Durchschnittseinkommens kommen allerdings gerade einmal die Hälfte der Beschäftigten, denn von den rund 240.000 Beschäftigten in kommunalen Kitas arbeiten lediglich 53% in Vollzeit.

Niemand streitet ab, dass die ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und HeilerziehungspflegerInnen sehr viel leisten und eine wichtige und wertvolle Arbeit in den Kitas, der offenen Jugendarbeit, in den Beratungsstellen, Kinderheimen, Jugendämtern und Einrichtungen der Behindertenhilfe, in der Schulsozialarbeit und in Krankenhäusern leisten – im Gehalt spiegelt sich das jedoch nicht wieder.

Daher war und ist der Streik und die Forderung richtig. Nicht zuletzt sind in all diesen Bereichen deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt, somit würde eine bessere Entlohnung gleich noch die



Foto: Souza / pixelio.de

ungerechte Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ein wenig schließen.

Bevor zum Streik aufgerufen wurde, machte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände deutlich, dass sie nicht bereit seien, eine derartig hohe Forderung umzusetzen. Die jährlichen Kosten von 1,2 Milliarden Euro seien schlicht nicht tragbar.

Auf diese Absage hin wurde der Streik ausgerufen, an dem bundesweit über vier Wochen zahlreiche Angestellte des Sozial- und Erziehungsdienstes teilnahmen. Da auch der Streik keine Bewegung auf der Arbeitgeberseite bewirkte, wurde eine Schlichtungskommission einberufen.

Der nach Wochen ausgearbeitete Vorschlag der Schlichtungskommission wurde auf der bundesweiten Streikdelegiertenversammlung vehement angegriffen und eindeutig abgelehnt.

Hauptkritik war, dass die Empfehlung keine wirkliche Aufwertung der schwierigen und verantwortungsvollen Tätigkeiten vorsieht und insbesondere im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik völlig unzureichend ist. Zudem werden ganze Berufsgruppen gar nicht erwähnt. Den ursprünglichen Forderungen der Streikenden wird der Vorschlag kaum gerecht. Das Schlichtungsergebnis sieht Steigerungen je nach Berufsgruppe von 2 bis 4,5% vor – für fünf Jahre. Die wenigen Prozentzuwächse gekoppelt mit der langen Laufzeit bedeuten aber nichts anderes als eine Reallohnsenkung. Auf die fünfjährige Laufzeit bezogen, würde – im besten Fall – weniger als ein Prozent Lohnerhöhung erreicht. Zusätzlich gilt während der Laufzeit eine Friedenspflicht, also ein Streikverbot.

Nach den wochenlangen und in weiten Teilen der Bevölkerung durchaus positiv begleiteten Streiks und Protesten wäre da wirklich mehr zu erwarten gewesen.

Ob das Schlichtungsergebnis angenommen werden soll oder nicht, werden nun

die ver.di-Mitglieder der betroffenen Berufsgruppen in einer Mitgliederbefragung bis zum 13. August entscheiden. Doch auch diese Mitgliederbefragung hat einen Haken, denn nur wenn 75% aller befragten Mitglieder ausdrücklich Nein sagen, wird das Angebot abgelehnt und neu verhandelt, dabei zählen alle nicht abgegebenen Stimmen als Zustimmung.

Es bleibt also weiterhin spannend in der Frage, ob eine deutliche Aufwertung der Sozialen Berufe erfolgt und damit nicht nur eine Wertschätzung für die geleistete Arbeit, sondern gleichzeitig ein Richtungswechsel in der Entlohnung generell eingeschlagen würde. (Soziale) Arbeit mit Menschen ist deutlich schlechter bezahlt als Arbeit in der Produktion. Eine Ablehnung des Schlichtungsergebnisses und ein neuerlicher Streik für eine tatsächliche Aufwertung wäre somit begrüßenswert, um dieses Ungleichverhältnis endlich – zumindest etwas – gerade zu rücken.

pia.barkow@dielinke-dresden.de

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Pia Barkow, Waldemar Peine, Jens Matthiis, Cornelia Eichner, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 09.09.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog

Die Schweizer nannten es einst „Zauberformel“, ihre sieben Bundesräte im Verhältnis 2:2:2:1 über die vier großen Parteien zu verteilen. Genauso zauberhaft soll es künftig in Dresden werden, wenn der Stadtrat in seiner Sondersitzung am 6. August den Vorschlägen folgt, was sehr wahrscheinlich ist. Das erste Mal seit 1990 wird der Stadtrat dabei auch Frauen in diese Spitzenämter wählen, und zwar gleich drei, zwei linke und eine grüne.

Und wer weiß, vielleicht macht die CDU mit ihrem Vorschlagsrecht für das Ressort Bildung und Jugend im nächsten Jahr sogar eine weibliche Mehrheit daraus. Lassen wir uns überraschen und freuen uns auf die nächsten sieben Jahre!

jens.matthiis@dielinke-dresden.de